

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 48/78

Berlin

30. November 1978

45. Jahrgang

Mittelfristige Finanzplanung der Gebietskörperschaften 1978 bis 1982: Kein Beitrag zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung

In einer im Frühjahr 1978 veröffentlichten Untersuchung kam das DIW zu dem Ergebnis, daß sich unter Status-quo-Bedingungen bis 1985 die Zahl der Arbeitslosen zumindest verdoppeln wird. Ähnliche Befürchtungen wurden auch vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung geäußert¹. Vor dem Hintergrund dieser Modellrechnungen erlangen die mehrjährigen Finanzpläne von Bund, Ländern und Gemeinden noch mehr Gewicht als bisher. Zwar haben diese Planungen keine Vollzugsverbindlichkeit, sie geben aber Auskunft darüber, wie die staatlichen Instanzen – vor allem die Bundesregierung – die künftige wirtschaftliche Entwicklung einschätzen und welchen Stellenwert dabei die Aktionsparameter der Finanzpolitik zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme einnehmen.

Auch wenn sich die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven für die Bundesrepublik Deutschland im Jahresverlauf gebessert haben, ist aus heutiger Sicht in den nächsten Jahren nicht mit einer Rückgewinnung der Vollbeschäftigung zu rechnen. Will man die Schere zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt schließen – und dieses Ziel sollte außer Frage stehen –, so muß entweder die reale Nachfrageentwicklung deutlich über den zu erwartenden Produktivitätsfortschritt hinaus beschleunigt oder die Arbeitszeit drastisch verkürzt werden. Eine forcierte Arbeitszeitverkürzung dürfte jedoch mit erheblichen Friktionen verbunden sein. Erforderlich ist eine Strategie, die primär auf der Nachfrageseite ansetzt und Arbeitszeitverkürzungen lediglich als flankierende Maßnahme einbezieht. Bei einer konsequent auf Nachfrageexpansion ausgerichteten Politik fällt dem Staat eine dominierende Rolle zu: Von sich aus dürfte der private Sektor kaum in der Lage sein, zusätzliche Arbeitsplätze in dem Umfang zu schaffen, der zur Vollbeschäftigung zurückführt. In der genannten Status-quo-Rechnung des DIW wurde u. a. eine jahresdurch-

schnittliche Zunahme der öffentlichen Investitionen um 2,5 vH und des Staatsverbrauchs um 2 vH (jeweils in konstanten Preisen) unterstellt. Soll indes bis 1985 wieder Vollbeschäftigung erreicht werden, müßten die direkten Investitionen der Gebietskörperschaften im Durchschnitt mindestens um 6 vH erhöht werden, und der Staatsverbrauch müßte um 3 vH pro Jahr steigen; auch die Finanzierungshilfen der öffentlichen Hand – etwa für den Wohnungsbau – müßten kräftig zunehmen.

Ziel und Aufgabe der Finanzplanung

In ihrem Grundgedanken stellt die mehrjährige Finanzplanung ein in budgetäre Form gekleidetes Re-

¹ Vgl. Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Bearb.: DIW-Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 15/1978, S. 147 ff., J. Gattinger/A. Krumper/H. Russ: Wachsendes Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt bis Ende der achtziger Jahre – Folgerungen für die Beschäftigungspolitik. In: Ifo-Schnelldienst, Nr. 18 - 19/1978, S. 98 ff.

gierungsprogramm dar, in dem Umfang und Struktur der Ausgaben mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen in Einklang gebracht werden sollen. Die finanzwirtschaftliche Ordnungsfunktion der Finanzplanung zielt ab auf eine längerfristige Abstimmung von Einnahmen und Ausgaben bei einer „vertretbaren“ Staatsverschuldung, d. h. bei Defiziten, von denen keine negativen Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft ausgehen. Bisher wurde die wirtschaftspolitische Steuerungsfunktion der Finanzplanung primär darin gesehen, prozyklische Effekte der staatlichen Nachfrage zu vermeiden und das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential nicht zu überfordern. In der Vergangenheit standen die mehrjährigen Finanzplanungen in einem fortwährenden Spannungsverhältnis zwischen kurzfristigem Stabilitätsziel und mittelfristigen Versorgungszielen. Aus heutiger Sicht kommt es jedoch darauf an, das Haushaltsvolumen so zu gestalten, daß auf mittlere Sicht Produktionsfaktoren nicht brachliegen.

Grundlage der Finanzplanung ist die mittelfristige Zielprojektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Diese Projektion zeigt, welche gesamtwirtschaftlichen Ziele sich die Exekutive setzt oder welche Zielwerte sie unter den gegebenen Ausgangsbedingungen für erreichbar hält. Im Einklang mit den Annahmen über die künftige Entwicklung des Sozialprodukts und der wichtigsten Komponenten werden die Steuereinnahmen geschätzt. Das erwartete Steueraufkommen sowie die Vorstellungen über den Umfang der künftigen Staatsverschuldung umreißen den Ausgabenspielraum von Bund, Ländern und Gemeinden. Von den geplanten staatlichen Aktivitäten wiederum wird die Projektion beeinflusst. Gesamtwirtschaftliche Zielprojektion und Finanzplanung sind also voneinander nicht unabhängig, vielmehr bedingen sie sich gegenseitig. Dies gilt insbesondere dann, wenn die allgemeine Wirtschaftsentwicklung nicht als gegeben hingenommen wird, sondern über die Finanzplanung gestaltet werden soll².

Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung bis 1982

Noch zur Jahresmitte 1975 – die konjunkturelle Talfahrt hatte ihren Tiefpunkt und die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ihren Höchstwert erreicht – unterstellte die Bundesregierung in ihrer damaligen Zielprojektion einen steilen Konjunkturaufschwung, der die Arbeitslosenquote bis zum Endjahr der Projektion (1979) auf ein vertretbares Maß von 1 bis 2 vH zurückführen sollte. Man setzte auf eine Wiederholung des steilen Aufschwungs nach der Rezession von 1966/67 und plante einen zügigen Abbau der rezessionsbedingten Defizite. Bekanntlich hat diese „Konsolidierung“ wesentlich dazu beigetragen, daß der zaghafte Aufschwung frühzeitig zum Erliegen kam.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit zwang schließlich zu einem erneuten Kurswechsel in der Finanzpolitik. Der Haushaltsvollzug 1978 trägt sowohl auf der Ausgaben- als auch Einnahmenseite deutlich expansive Züge: Einem Ausgabenanstieg um fast 10 vH steht ein Einnahmenezuwachs von lediglich 6 vH gegenüber, so daß sich die Finanzierungsdefizite der Gebietskörperschaften von 33 Mrd. DM im Jahre 1977 auf etwa 45 Mrd. DM erhöhen³.

In ihrer jüngsten Zielprojektion für den Zeitraum 1978 bis 1982 erwartet die Bundesregierung einen anhaltenden Konjunkturaufschwung, hält aber – im Gegensatz zu früher – die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung auch auf mittlere Sicht nicht mehr für möglich. Bis 1982 rechnet sie bei einem unterstellten Wirtschaftswachstum von 4 vH im Jahresdurchschnitt (Bezugsbasis 1977) lediglich mit einer leichten Verringerung der Arbeitslosenquote auf 4 vH: Das sind 900 000 nicht selbständige Erwerbspersonen. Bei einem angenommenen Produktivitätszuwachs je Erwerbstätigen um 3,9 vH (je Erwerbstätigenstunde um 4,6 vH) würde das für erreichbar gehaltene Wirtschaftswachstum fast ausschließlich aus dem Produktivitätsfortschritt resultieren.

Das Dilemma der Zielprojektion besteht darin, daß sie keinen Weg weist, auf dem die Vollbeschäftigung wieder erreicht werden kann: Die Ziele entsprechen den Erfahrungswerten aus der Vergangenheit, und zwar nicht nur für die Steigerungsrate des realen Sozialprodukts, sondern auch für den Produktivitätsfortschritt. Doch in den 60er Jahren vollzog sich die Ent-

Eckwerte der Projektion 1978 bis 1982

	1977	1982	Ø Veränderung pro Jahr in vH
	in 1000		
Erwerbstätige	24 972	25 109	0,5
Beschäftigte Arbeitnehmer	21 292	21 666	1,8
Arbeitszeit	.	.	-3,4
Produktivität je Erwerbst.	.	.	3,9
	in Mrd. DM		
Bruttosozialprodukt nominal	1 193,3	1 673,0	7,0
Privater Verbrauch "	665,1	921,6	6,7
Staatsverbrauch "	240,2	336,0	6,9
Bruttoinvestitionen "	260,5	389,4	8,4
Außenbeitrag "	27,5	26,0	

² Vgl. Finanzbericht 1969, S. 124.

³ Vgl. im einzelnen: Öffentliche Haushalte 1978/79 – Handlungsspielraum nur unzureichend genutzt. Bearb.: D. Teichmann und D. Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 36/78, S. 349 ff.

Zielprojektionen im Vergleich

	Zielprojektion				Entwicklung 1975 bis 1978			
	1978-82	1977-81	1976-80	1975-79	1975	1976	1977	1978 ¹⁾
Wirtschaftswachstum (real in vH)	4	4,5	4,5	3 -3,5	-2,5	5,7	2,4	3,2
Preisniveau								
Gesamtwirtschaft	3	3,5	4	5 -5,5	7,0	3,2	3,7	3,8
Verbraucherpreise	unter 3	unter 3,5	4	4,5-5	6,3	4,5	3,9	2,6
Arbeitslosenquote (in vH) ²⁾	4	3	2,5-3	1 -2	4,7	4,6	4,5	4,4
Außenbeitrag (in vH des BSP ³⁾)	1,5	1,5-2	2	1,5-2	2,8	2,5	2,3	2,7

¹⁾Schätzung.- ²⁾Jeweils auf das Endjahr der Projektion bezogen.- ³⁾In jeweiligen Preisen.

wicklung bei einem Beschäftigungsniveau von 26 Mill. Erwerbstätigen, während die jüngste Zielprojektion bei 25 Mill. Erwerbstätigen und einer Million Arbeitslosen ansetzen mußte. Durchaus konsequent wird davon ausgegangen, daß fast 4 vH Produktivitätszuwachs längerfristig nur erreicht werden können, wenn die Investitionsquote wieder zunimmt: Bis 1982 wird erwartet, daß sich der Anteil der Anlageinvestitionen um 1,5 vH-Punkte gegenüber 1977 (Anteil 21,8 vH) erhöhen wird; die private Investitionstätigkeit (ohne Wohnungsbau müßte freilich „noch rascher expandieren“⁴. Wenn der Anteil der privaten Investitionen um 1,5 vH-Punkte steigt, so würde diese Entwicklung eine jahresdurchschnittliche Zunahme um real mehr als 6 vH bedeuten. Die Bundesregierung hält also ein jährliches Wachstum der Investitionen im Unternehmensbereich von mindestens 7 bis 8 vH (in jeweiligen Preisen über 10 vH) für durchaus möglich, obwohl noch freie Kapazitäten im Unternehmensbereich zur Verfügung stehen. Fraglich ist jedoch, ob ein Investitionswachstum in dieser Größenordnung ähnliche Beschäftigungswirkungen wie in der Vergangenheit hat. Zwar schaffen oder erhalten zusätzliche Investitionen Arbeitsplätze im Investitionsgüterbereich (Nachfrageeffekt), doch wird bei den Investoren die Kapitalausstattung verbessert, so daß hier eher mit einer Freisetzung von Arbeitskräften zu rechnen wäre (Rationalisierungseffekt). Vollbeschäftigungspolitik darf nicht zu Lasten des technischen Fortschritts gehen; sie muß dort ansetzen, wo die Möglichkeit und Notwendigkeit bestehen, arbeitsintensive Nachfragebereiche zu erschließen. Dieser Ansatz aber fehlt in der Zielprojektion.

Die Zielvorgabe für die Ausgabenansätze in den mehrjährigen Finanzplänen von Bund, Ländern und Gemeinden läßt sich nur indirekt ableiten: Gegenüber der Ausgangsbasis 1977 soll in nominaler Rechnung der Anteil des öffentlichen Verbrauchs am Bruttosozialprodukt konstant bleiben. Aus den Aussagen über die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit geht

hervor, daß die Zuwachsraten der öffentlichen Investitionen nicht hinter dem Sozialproduktwachstum zurückbleiben soll. Bezieht man diese Projektion des staatlichen Verhaltens auf die künftige Arbeitsmarktentwicklung, so ist kaum damit zu rechnen, daß von der öffentlichen Nachfrage ein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet wird.

Entwicklung des Steueraufkommens

Das Schwergewicht der seit 1977 beschlossenen Maßnahmen zur Stützung von Konjunktur und Beschäftigung lag auf steuerlichen Entlastungen. Allein durch das Steueränderungsgesetz 1977 und das im gleichen Jahr beschlossene Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung werden die Privaten per Saldo – also nach Abzug der Steuermehreinnahmen aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung – in der Planungsperiode um durchschnittlich 12,5 Mrd. DM pro Jahr entlastet (1978: 9,6 Mrd. DM, 1982: 14,4 Mrd. DM). Mit den jetzt verabschiedeten weiteren Steuerentlastungen wird sich von 1979 an ein zusätzlicher Steuerausfall von fast 10 Mrd. DM im Jahresdurchschnitt (1979: 8 Mrd. DM, 1982: 11 Mrd. DM) ergeben; durch beide Maßnahmen wird das Steueraufkommen jährlich um rund 7 vH reduziert.

Als Grundlage für die Projektion der Einnahmen im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung dienen die Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 25. Juli 1978; die finanziellen Auswirkungen der Kabinettsbeschlüsse vom 28. Juli 1978 sind darin noch nicht berücksichtigt. Danach werden sich bis 1982 nominales Bruttosozialprodukt (durchschnittliche Zunahme 7 vH pro Jahr) und Steueraufkommen nahezu parallel entwickeln. Während in diesem und im nächsten Jahr die Steuereinnahmen noch unterdurchschnittlich

⁴ Finanzbericht 1979, S. 105.

zunehmen, wird für 1980 schon mit einer parallelen Zunahme und in den Jahren danach wieder mit einem überproportionalen Anstieg des Steueraufkommens gerechnet: Mit zunehmender Entfernung vom Zeitpunkt des Inkrafttretens verlieren die Entlastungswirkungen – gemessen im Vorjahresvergleich – an Bedeutung. Bei der Lohnsteuer schlagen sich die Entlastungseffekte der 1977 beschlossenen Maßnahmen bereits 1978 nieder, doch tritt die tarifbedingte Dynamik (Progressionswirkung) der Lohnsteuer schon 1979 wieder deutlich zu Tage; die Lohnsteuerelastizität (prozentuale Veränderung des Lohnsteueraufkommens in Relation zur prozentualen Änderung der Brutto-lohn- und gehaltsumme) erreicht dann erneut den Wert von 2. Bei der veranlagten Einkommensteuer wird damit gerechnet, daß die 1977 beschlossenen Maßnahmen massiert in den Jahren 1979 und 1980 zu Ausfällen führen werden.

Nach den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ nimmt bis 1982 die volkswirtschaftliche Steuerquote (Steuereinnahmen in Relation zum Brutto-sozialprodukt) anfangs etwas ab – von fast 25 vH im Jahre 1977 auf 24,7 vH 1980 – und übersteigt 1981 die Schwelle von 25 vH. Treten indes die vom Bundeskabinett beschlossenen Erleichterungen in Kraft, so wird auch am Ende des Projektionszeitraums die Steuerquote mit 24,5 vH noch recht deutlich unter diesem Schwellenwert bleiben.

Entwicklung der Staatsausgaben

Der Haushaltsvollzug in diesem Jahr entspricht bisher weitgehend den Ansätzen in den Haushaltsplänen von Bund, Ländern und Gemeinden. Danach ist zu erwarten, daß der Ausgabenzuwachs mit knapp 10 vH erstmals seit 1975 den Anstieg des nominalen Brutto-sozialprodukts übertrifft; er verdient das Attribut „konjunkturgerecht“. Diese Entwicklung ist vor allem auf die expansive Investitionstätigkeit – Folge der zügigen Abwicklung des Programms für Zukunftsinvestitionen – auf Bundes- und Länderebene, vor allem aber der Gemeinden als Hauptinvestor der öffentlichen Hand zurückzuführen. Aber auch die Personal- und laufenden Sachaufwendungen werden wieder etwas stärker steigen. Die Zahl der Neueinstellungen im öffentlichen Dienst dürfte in diesem Jahr auf rund 40 000 (Zunahme 1,2 vH) zu veranschlagen sein, nachdem noch 1977 die Beschäftigtenzahl abgenommen hatte. Auch die Transferzahlungen werden sich deutlich erhöhen: Aufstockung der Investitionszuschüsse im Rahmen der Verkehrs-, Energie- und Technologiepolitik, verstärkte Leistungen an die Sozialversicherungsträger und das Ausland, Erhöhung der Kindergeldzahlungen und Ausbildungsförderung sind die wesentlichen Bestimmungsgründe.

Nach den Ansätzen der vorliegenden Finanzpläne bis zum Jahre 1982 wird sich die expansive Ausgabenpolitik in den nächsten Jahren jedoch nicht fortsetzen⁵. Schon im kommenden Jahr ist mit einer Drosselung der Ausgabentätigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden zu rechnen. Werden die Pläne realisiert, so wird der Anstieg der Staatsausgaben etwas hinter dem von der Bundesregierung anvisierten nominellen Sozialproduktanstieg (7 vH) zurückbleiben. Von 1980 an wird sich die Diskrepanz zwischen Ausgaben- und Sozialproduktentwicklung sogar noch vergrößern: Einer durchschnittlichen Zunahme des Sozialprodukts um 7 vH pro Jahr steht ein geplanter Anstieg der öffentlichen Gesamtausgaben um noch nicht einmal 5 vH gegenüber⁶.

Der Zuwachs der Verbrauchsausgaben wird im Planungszeitraum (Bezugsbasis 1977) auf 6 vH im Jahresdurchschnitt veranschlagt; er liegt damit um einen vH-Punkt unter der in der Zielprojektion unterstellten Zunahme des Staatsverbrauchs. Nach dem verhältnismäßig kräftigen Anstieg 1978 werden sich allerdings auch hier bis zum Ende der Referenzperiode die jährlichen Steigerungsraten deutlich abschwächen. Die Projektion der Personalausgaben (knapp 6 vH im Jahresdurchschnitt) läßt fast keinen Spielraum für zusätzliche Stellen im öffentlichen Dienst: Werden die Planansätze realisiert, so kann damit nicht vielmehr als die jährliche Tarifierhebung gedeckt werden. Unrealistisch wäre die Annahme, daß die Einkommensentwicklung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von der allgemeinen Expansion der Löhne und Gehälter, die nicht wesentlich von der Sozialproduktentwicklung abweichen dürfte, abgekoppelt werden kann. Für die laufenden Sachkäufe verbleibt nach Abzug der projizierten Preissteigerungsraten ebenfalls ein nur geringer Expansionspielraum, so daß

⁵ Noch nicht alle Bundesländer haben für die Referenzperiode Finanzpläne veröffentlicht. Um zu vergleichbaren Zahlen zu gelangen, sind daher die Ansätze der Länder für das Haushaltsjahr 1978 (Basisperiode der mittelfristigen Finanzplanung bis 1982) mit den aus den verfügbaren Planungen ermittelten Zuwachsraten fortgeschrieben worden. Die bisher verabschiedeten Finanzpläne repräsentieren zu rund 80 vH das Haushaltsvolumen aller Bundesländer. Für die Gemeinden sind Angaben über die Finanzplanung 1978 bis 1982 noch kaum verfügbar. Die Schätzung der kommunalen Ausgaben für diesen Zeitraum basiert auf den Haushaltsansätzen 1978 (vgl. auch: Öffentliche Haushalte 1978/79 . . . , a.a.O.) sowie auf Informationen über die Finanzplanung 1977 bis 1981, deren Ergebnisse vom Statistischen Bundesamt in Kürze veröffentlicht werden.

⁶ Dabei wurde schon berücksichtigt, daß die Finanzplanungsansätze der Gemeinden im Bereich der investiven Ausgaben – noch vor den Auseinandersetzungen um den geplanten Wegfall der Lohnsummensteuer verabschiedet – kaum ernsthaft zu diskutieren sind: Danach würden 1981 die kommunalen Investitionen um fast 30 vH unter dem Niveau des Jahres 1978 liegen; die Gesamtausgaben würden von 1979 an nahezu stagnieren. In der hier vorgelegten Rechnung wurde für den investiven Bereich ein wesentlich geringerer Rückgang unterstellt.

Mittelfristige Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden

	1978	1979	1980	1981	1982	1978	1979	1980	1981	1982
	in Mrd. DM					Veränderung gegenüber Vorjahr in vH				
Personalausgaben	139,7	147,9	156,8	165,9	174,9	6,2	5,9	6,0	5,8	5,4
Bund	28,7	30,3	32,0	33,7	35,2	4,5	5,6	5,6	5,3	4,5
Länder	74,5	79,0	83,9	88,8	93,7	7,1	6,0	6,2	5,8	5,5
Gemeinden	36,5	38,6	40,9	43,4	46,0	6,1	5,8	6,0	6,1	6,0
Laufender Sachaufwand	65,4	69,6	72,8	76,3	80,0	10,2	6,4	4,6	4,8	4,8
Bund	27,0	29,1	29,8	30,8	31,8	12,8	7,8	2,4	3,4	3,2
Länder	17,4	18,4	19,6	20,8	22,0	7,5	5,7	6,5	6,1	5,8
Gemeinden	21,0	22,1	23,4	24,7	26,2	9,3	5,2	5,9	5,6	6,1
Sachinvestitionen	49,4	50,5	48,9	48,0	47,0	12,0	2,2	-3,2	-2,0	-2,0
Bund	7,9	8,7	8,6	8,8	8,8	10,5	10,1	-1,1	2,3	0,0
Länder	9,2	9,2	9,3	9,2	9,1	12,0	0,0	1,1	-1,1	-1,1
Gemeinden	32,3	32,6	31,0	30,0	29,0	12,5	0,9	-5,0	-3,3	-3,4
Sonst. Investitionsausgaben ¹⁾	52,8	56,7	59,0	57,4	57,5	10,4	7,4	4,0	-2,8	0,1
Bund	25,1	27,8	28,7	27,7	27,9	10,0	10,8	3,2	-3,5	0,7
Länder	24,0	25,5	27,0	26,5	26,5	11,5	6,3	5,9	-1,9	0,0
Gemeinden	3,6	3,4	3,3	3,2	3,1	3,0	-5,6	-3,0	-3,1	-3,2
Gesamtausgaben ²⁾	418,5	447,0	470,5	492,5	513,0	9,5	6,8	5,3	4,7	4,2
Bund	188,7	204,6	217,2	228,0	238,0	10,4	8,4	6,2	5,0	4,4
Länder	177,0	187,6	197,0	207,0	217,0	9,6	5,9	5,5	5,0	4,8
Gemeinden	120,5	127,0	132,0	136,5	141,0	7,5	5,3	4,0	3,4	3,3
Gesamteinnahmen ²⁾	369,7	392,5	420,6	449,0	478,3	6,5	6,2	7,2	6,6	6,6
Bund	157,4	168,6	183,3	195,0	207,8	5,9	7,1	8,7	6,4	6,6
Länder	162,0	170,0	179,5	191,5	203,5	6,8	4,9	5,6	6,7	6,3
Gemeinden	117,0	126,0	133,5	141,5	150,0	6,7	7,7	6,0	6,0	6,0
Finanzierungssaldo	-48,8	-54,5	-49,9	-43,5	-34,7
Bund	-31,3	-36,0	-33,9	-33,0	-30,2
Länder	-15,0	-17,5	-17,5	-15,5	-13,5
Gemeinden	-2,5	-1,0	+1,5	+5,0	+9,0

1) Nicht bereinigt um Zahlungen zwischen den Haushaltsebenen. - 2) Bereinigt um Zahlungen zwischen den Haushaltsebenen.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Finanzministerien der Länder, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

auch von dieser Seite eher mit einer Abnahme denn mit Zunahme in der Beanspruchung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials zu rechnen ist. In realer Betrachtung implizieren also die Ansätze für den Staatsverbrauch keine Ausweitung des öffentlichen Leistungsangebots.

Die Ansätze für die investiven Ausgaben bestätigen die Befürchtungen, daß die aus dem Kurswechsel der Finanzpolitik resultierenden Anstoßwirkungen nur kurzfristiger Natur sind und schon von 1980 an durch eine erneute Richtungsänderung in ihr Gegenteil verkehrt werden: Am Ende der Planungsperiode werden die Sachinvestitionen der Gebietskörperschaften — überwiegend Ausgaben für Baumaßnahmen — zwar noch um 6,5 vH über dem Basisniveau von 1977 liegen, das diesjährige Investitionsvolumen werden sie aber um 5 vH unterschreiten. Da das Programm für Zukunftsinvestitionen am Jahresende 1979 weitgehend abgewickelt sein wird, ist für die darauffolgenden Jahre mit einem Sinken der öffentlichen Investitionsausgaben zu rechnen. In realer Betrachtung würde diese Entwicklung zu einer erheblichen Einschränkung der öffentlichen Investitionstätigkeit führen und damit deutlich im Widerspruch zu den Annahmen der mittelfristigen Zielprojektion stehen.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die mittelfristige Zielprojektion der Bundesregierung bis zum Jahre 1982 zeigt weder einen Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit noch zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Damit wird sie auch ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht, denn der Zweck einer längerfristigen Projektion besteht im Gegensatz zur Prognose gerade darin, Mittel und Wege zu zeigen, die zu einem gewünschten Ziel — nämlich gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht — führen. Die vorgelegte Projektion der Bundesregierung weist eher die Merkmale einer — zudem recht optimistischen — Status-quo-Betrachtung auf: Zwar hat sich in ihr eine realistischere Einschätzung der Arbeitsmarktsituation durchgesetzt, doch ist zu befürchten, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit die projizierte von rund 900 000 Arbeitslosen bei weitem übersteigen wird. Das Wachstumsziel ist hoch gesteckt; es ist nur im Falle einer boomartigen Investitionsentwicklung im Unternehmenssektor und bei einer Staatsnachfrage realisierbar, die dem unterstellten Wirtschaftswachstum entspricht. Beide Annahmen sind jedoch wenig wirklichkeitsnah.

Nach den Ansätzen der mehrjährigen Finanzpläne

von Bund, Ländern und Gemeinden 1978 bis 1982 werden die in der Zielprojektion für den Staat gesetzten Eckwerte erheblich unterschritten. Spätestens von 1980 an ist mit einer kräftigen Verringerung der Haushaltsdefizite zu rechnen – von 55 Mrd. DM auf 35 Mrd. DM am Ende der Planungsperiode. Betroffen von dieser Entwicklung wären insbesondere die öffentlichen Investitionen; aber auch die Zunahme der Verbrauchsaufwendungen läßt keinen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit erwarten. Bei einer Verwirklichung der Planansätze sind per Saldo sogar negative Auswirkungen auf die Arbeitsmarktentwicklung wahrscheinlich.

Die Finanzplanung 1978 bis 1982 steht nicht nur in krassem Widerspruch zu einer dem Vollbeschäftigungsziel verpflichteten Haushaltspolitik. Darüber hinaus gefährdet sie auch das Ziel einer dauerhaften Konsolidierung der Staatsfinanzen, die auf längere Sicht am ehesten durch Rückgewinnung der Vollbeschäftigung erreichbar ist. In einem ersten Schritt muß – als Vorleistung – die Staatsverschuldung kräftig zunehmen, damit die erforderliche zusätzliche Nachfrage auch finanziert werden kann. Das Spektrum jener Nachfragefelder, deren Erschließung lohnt und gesellschaftspolitisch als konsensfähig erscheint,

ist breit gefächert: Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität, Humanisierung der Arbeitswelt, Einsatz neuer Technologien zur besseren Nutzung von Energie und Rohstoffen, Ausbau der sozialen Dienste etc. Ausgabenersparnisse im Transferbereich und Mehreinnahmen aufgrund der dann steigenden Produktion und wachsenden Einkommen würden auf längere Sicht die anfänglich hohe Staatsverschuldung kompensieren.

Als Fazit bleibt: Folgt man den Ansätzen der mehrjährigen Finanzplanung bis 1982, so wird deutlich, daß die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger darauf verzichtet haben, ihrer gesetzlich eingegangenen Verpflichtung zu einer Vollbeschäftigungspolitik nachzukommen. Offensichtlich dienen die für die Jahre 1978/79 zu erwartenden Defizite – überwiegend Folge von Steuerentlastungen – als Legitimation für den von 1980 an geplanten zügigen Abbau der Neuverschuldung. Warnendes Beispiel sollten die Jahre 1976/77 sein, als eine forcierte Verringerung der Defizite wesentlich zur Zementierung der Arbeitslosigkeit beigetragen hatte. Zu hoffen bleibt, daß die resignierende Haltung gegenüber dem Beschäftigungsproblem überwunden wird und die Finanzplanungen möglichst bald revidiert werden.

Tabelle 2
**Importe der Bundesrepublik Deutschland von verschiedenen mineralischen Rohstoffen und Metallen
in den Jahren 1967 bis 1977**
1967 = 100

	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
1. Mineralische Rohstoffe	100	118	127	140	162	158	212	411	383	466	463
davon 1.1 Rohöl, Mineralölprodukte u. a. Erzeugnisse	100	119	124	139	176	170	236	496	466	576	579
1.2 Metallurgische Erze, Schlacken, Aschen	100	120	137	149	129	130	164	221	187	215	190
1.3 Erzeugnisse der Steine und Erdenindustrie	100	113	122	129	130	126	132	190	188	187	188
2. Uedle Metalle und Waren daraus	100	134	175	193	170	181	206	235	211	263	266
davon 2.1 Eisen und Stahl	100	141	178	209	207	236	257	276	277	342	333
2.2 Kupfer	100	125	160	161	114	103	137	171	99	122	118
2.3 Nickel	100	126	194	242	137	134	130	184	175	243	205
2.4 Aluminium	100	153	231	229	188	202	232	247	232	345	405
2.5 Magnesium, Beryllium	100	127	161	173	155	125	144	160	116	170	173
2.6 Blei	100	120	185	225	170	158	213	297	206	180	253
2.7 Zink	100	123	127	111	121	116	119	157	127	174	142
2.8 Zinn	100	99	131	131	126	125	134	252	178	212	269
2.9 andere unedle Metalle	100	132	199	239	159	129	150	191	206	234	261
2.10 Werkzeuge etc.	100	129	178	207	240	241	279	314	366	407	484
2.11 verschiedene Waren aus unedlen Metallen	100	129	162	201	234	280	329	365	420	478	539
Insgesamt	100	125	148	164	166	168	209	333	306	375	375

rend sich jedoch auch 1977 die Gesamtimporte gegenüber dem Vorjahr erhöht haben (nominal um knapp 6 vH), nahmen die Rohstoffeinfuhren kaum noch zu. Der Anstieg der Rohstoffimporte war erstmalig im Jahre 1975 unterbrochen worden. Während der gesamte Import der Bundesrepublik in diesem Jahr wertmäßig noch um 2,5 vH expandierte, ging die Rohstoffeinfuhr zurück.

Seinen bisherigen Höchststand hatte der Importanteil der Rohstoffe (einschl. Brennstoffe) 1974 erreicht, als mit knapp 60 Mrd. DM etwa ein Drittel des gesamten Imports der Bundesrepublik auf diese Produkte entfiel. Im Vergleich zur Gesamteinfuhr haben während der Berichtszeit die Rohstoffimporte überdurchschnittlich zugenommen. Es errechnen sich durchschnittliche jährliche Wachstumsraten von 14,1 vH für die Rohstoffimporte und von 12,8 vH für den Gesamtimport. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich der Rohstoffimport wertmäßig damit beinahe vervierfacht (vgl. Tabelle 2).

Dafür sind bei den einzelnen Rohstoffen Mengen- und Preisentwicklung in unterschiedlichem Maße bestimmend gewesen. Unter den Metalleinfuhren haben sich die Mengen bei Stahl und Eisen zwischen 1967 und 1977 verdoppelt, der Einfuhrwert hat sich mehr als verdreifacht. Gleichfalls verdoppelt haben sich die Bleiimporte bei einem um das Zweieinhalbfache höheren Einfuhrwert. Die Importe an Kupfer, Nickel und Zinn erhöhten sich real um die Hälfte, während sich der Importwert bei Nickel gegenüber 1967 verdoppelte, der von Zinn verzweieinhalbfachte und der von Kupfer nur um ein knappes Fünftel stieg. Dagegen haben die Zinkeinfuhren mengenmäßig nach einem

ständigen Rückgang zwischen 1973 und 1975 erst wieder in den vergangenen beiden Jahren den Stand von 1967 zunächst erreicht und dann leicht überschritten; der Einfuhrwert lag dabei um mehr als zwei Fünftel über demjenigen von 1967. Die realen Importe an mineralischen Brennstoffen und ihren Derivaten waren 1967 und 1977 um jeweils drei Viertel höher als 1967, der Einfuhrwert betrug hier – Folge der kräftigen Verteuerung seit Ende 1973 – beinahe das Sechsfache desjenigen von 1967.

In Tabelle 3 sind die Durchschnittswerte der Rohstoffeinfuhr wiedergegeben (cif, DM je Tonne). Ihre Entwicklung zeigt, daß die deutschen Importeure verschiedene Rohstoffe und Metalle, die überwiegend zu Pfund- und Dollarpreisen auf dem Weltmarkt gehandelt werden, infolge der veränderten Währungsparitäten in einigen Jahren des Beobachtungszeitraums zu günstigeren Konditionen als 1967 einführen konnten. Die Mehrzahl der importierten Produkte war in den letzten beiden Jahren jedoch erheblich teurer als zu Beginn des Untersuchungszeitraumes.

Strukturveränderungen der Rohstoffimporte

Zwischen 1967 und 1977 ist der Anteil mineralischer Brennstoffe und ihrer Derivate an den gesamten Rohstoff- und Metallimporten der Bundesrepublik von 40 auf 60 vH gestiegen; entsprechend gefallen ist der Anteil der Erze und Metalle.

Bei den Metallimporten stellen Eisen und Stahl mit einem Anteil von 54 vH den größten Posten dar. Gestiegen ist im vergangenen Jahrzehnt auch der Anteil von Aluminium; er betrug im Periodendurchschnitt

Tabelle 3
Entwicklung der Durchschnittswerte (DM/t) verschiedener mineralischer Rohstoffe und Metalle von 1967 bis 1977
1967 = 100

	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Mineralische Rohstoffe	100,0	102,6	99,2	97,1	111,7	105,3	125,9	244,6	252,9	288,6	295,4
Mineralische Brennstoffe etc.	100,0	104,1	97,8	95,0	115,9	106,9	134,3	294,8	296,1	332,1	333,1
Metallurgische Erze, Schlacken, Aschen	100,0	98,3	103,8	103,1	103,4	104,7	108,8	127,8	134,8	148,1	151,2
Erzeugnisse der Steine- und Erdenindustrie	100,0	102,9	98,2	95,4	85,8	81,9	80,1	118,3	128,6	140,0	143,1
Unedle Metalle und Waren daraus	100,0	93,0	112,4	119,9	104,1	96,4	110,0	141,9	129,3	134,2	135,4
Eisen und Stahl	100,0	95,8	113,9	129,9	124,2	121,3	134,0	164,1	166,3	170,8	167,2
Kupfer	100,0	107,1	124,9	124,3	92,1	83,3	100,9	130,8	77,9	86,3	80,0
Nickel	100,0	114,8	159,9	181,7	132,1	116,7	109,6	120,2	132,1	143,2	134,1
Aluminium	100,0	98,4	105,5	105,2	103,5	94,0	96,5	117,2	117,9	128,3	140,6
Magnesium, Beryllium	100,0	100,2	106,1	107,1	108,1	102,7	96,1	133,2	159,8	182,8	193,6
Blei	100,0	101,1	117,8	125,1	102,1	95,4	107,6	152,3	130,1	112,5	128,7
Zink	100,0	95,6	99,6	97,9	98,9	107,3	124,9	193,9	169,6	165,4	138,2
Zinn	100,0	96,3	103,4	105,7	97,6	94,3	95,9	155,3	134,4	141,6	180,9
andere unedle Metalle	100,0	105,9	125,8	138,1	119,2	104,1	96,7	120,2	130,9	132,1	172,7
Werkzeuge etc.	100,0	101,8	96,0	104,8	102,6	104,1	104,2	111,4	116,9	113,8	119,4
Verschiedene Waren aus unedlem Metall	100,0	106,7	105,3	107,5	110,7	118,5	115,3	129,7	138,4	135,3	139,7

9,6 vH und 1977 reichlich 12 vH. Dagegen ermäßigte sich Kupfer anteilmäßig im Jahre 1977 auf 13 vH, während sein Anteil im Durchschnitt der Jahre 1967 bis 1977 20 vH betrug. Ebenfalls zurückgegangen sind die Importanteile von Nickel und besonders von Zink. Im Zeitraum 1967 bis 1977 hat sich der Anteil von Zink annähernd halbiert. Unverändert hoch waren 1967 und 1977 dagegen die Anteile der Blei- und Zinnimporte.

Importstruktur verschiedener NE-Metallrohstoffe

Für Aluminium, Blei, Kupfer, Nickel, Zink und Zinn galt Mitte der 70er Jahre folgende Importstruktur nach Rohstoffzustandsarten (auf Basis des jeweiligen Metallinhalts) und Bezugsländern:

Aluminium

Am Gesamtimport von Aluminium (Metallinhalt) war Bauxit zu 66 vH, Aluminiumoxid zu 15 vH und Aluminiummetall zu 19 vH beteiligt. Bauxit wurde unmittelbar aus den Produktionsländern bezogen, Aluminiumoxid zu mehr als zwei Dritteln und Aluminiummetall zu etwa einem Fünftel. Darüber hinaus wurde Aluminiumoxid vorwiegend von Italien geliefert, das über keine eigene Originärproduktion an Bauxit verfügt; Aluminiummetall kam hauptsächlich aus Norwegen, ferner aus den Niederlanden und Großbritannien — Ländern also, die ebenfalls nicht über eine eigene Originärproduktion verfügen.

Blei

Vom Gesamtimport an Blei entfielen 48 vH auf Bleierze, die beinahe vollständig aus Bergbauproduzentenländern bezogen wurden, der Rest auf Bleimetall. Von den Einfuhren an Rohmetall entfiel etwas mehr als die Hälfte auf Bergbauländer. An der anderen Hälfte waren vorwiegend Großbritannien, daneben auch Belgien/Luxemburg als Lieferländer beteiligt.

Kupfer

Die Kupfereinfuhren bestanden zu 17 vH aus Erzen und Konzentraten, zu 14 vH aus Hüttenkupfer, zu 65 vH aus Raffinadekupfer und zu 4 vH aus Kupferlegierungen; aus Bergbauländern wurden zu mehr als 95 vH Kupfererze und Konzentrate sowie Hüttenkupfer eingeführt. Auf diese Länder entfielen ebenfalls etwa drei Viertel der Einfuhren an Raffinadekupfer und etwa ein Drittel der Importe von Kupferlegierungen. Die restlichen Bezüge an Raffinadekupfer stammten vorwiegend aus Belgien/Luxemburg und Großbritannien, die keine eigene Bergbauproduktion aufweisen.

Nickel

Die Importe an Nickel verteilten sich zu 73 vH auf Rohnickel und zu 27 vH auf Ferronickel. Aus Bergbauländern wurden etwa 55 vH der Rohnickel- und mehr als 90 vH der Ferronickelimporte bezogen. Großbritannien, Norwegen und Frankreich waren die wichtigsten Lieferländer von Rohnickel ohne eigene Bergbaubasis.

Tabelle 4
**Exporte der Bundesrepublik Deutschland von verschiedenen mineralischen Rohstoffen und Metallen
 in den Jahren 1967 bis 1977**
 1967 = 100

	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	
	in Mill. DM											
						4524	5257					
1. Mineralische Rohstoffe	3446	3870	3750	4305	4685	4524	5257	9041	7873	8420	8382	
davon 1.1 Rohöl, Mineralölprodukte u.a. Erzeugn.	2928	3333	3178	3689	4038	3877	4482	7982	6831	7289	7139	
1.2 Metallurgische Erze, Schlacken u. Aschen	123	122	112	123	135	128	160	248	237	248	266	
1.3 Erzeugnisse der Steine- u. Erdenindustrie	395	415	459	492	512	518	615	811	805	882	977	
2. Uedle Metalle und Waren daraus	13117	13785	15423	17263	17522	18019	23530	36899	31662	31379	31652	
davon 2.1 Eisen und Stahl	8834	9232	10435	11817	12114	12463	16516	27258	24185	22101	21395	
2.2 Kupfer	1575	1599	1511	1589	1394	1338	1990	2969	1678	2041	2097	
2.3 Nickel	125	144	182	234	212	184	220	311	286	326	419	
2.4 Aluminium	573	673	849	895	958	1076	1325	1986	1595	2411	2612	
2.5 Magnesium und Beryllium	2	3	7	7	5	7	8	13	9	13	14	
2.6 Blei	118	86	83	113	112	108	123	233	153	149	252	
2.7 Zink	58	74	77	102	104	176	228	325	231	286	301	
2.8 Zinn	28	22	24	20	23	24	32	58	52	66	134	
2.9 andere unedle Metalle	47	50	73	121	92	71	88	133	144	154	148	
2.10 Werkzeuge etc.	1013	1078	1183	1333	1397	1391	1630	2076	1921	2128	2433	
2.11 verschiedene Waren aus unedlen Metallen	744	824	999	1033	1110	1180	1370	1538	1407	1704	1846	
Insgesamt	16562	17655	19173	21568	22206	22543	28786	45940	39535	39798	40034	
	Anteile in vH											
1. Mineralische Rohstoffe	20,8	21,9	19,6	20,0	21,1	20,1	18,3	19,7	19,9	21,2	20,9	
davon 1.1 Rohöl, Mineralölprodukte u.a. Erzeugn.	17,7	18,9	16,6	17,1	18,2	17,2	15,6	17,4	17,3	18,3	17,8	
1.2 Metallurgische Erze, Schlacken u. Aschen	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,6	0,6	0,7	
1.3 Erzeugnisse der Steine- u. Erdenindustrie	2,4	2,3	2,4	2,3	2,3	2,3	2,1	1,8	2,0	2,3	2,4	
2. Uedle Metalle und Waren daraus	79,2	78,1	80,4	80,0	78,9	79,9	81,7	80,3	80,1	78,8	79,1	
davon 2.1 Eisen und Stahl	53,3	52,3	54,4	54,7	54,6	55,3	57,4	59,3	61,2	55,5	53,5	
2.2 Kupfer	9,5	9,1	7,9	7,4	6,3	5,9	6,9	6,5	4,2	5,1	5,2	
2.3 Nickel	0,8	0,8	1,0	1,1	1,0	0,8	0,8	0,7	0,7	0,8	1,0	
2.4 Aluminium	3,5	3,8	4,4	4,1	4,3	4,8	4,6	4,3	4,0	6,1	6,5	
2.5 Magnesium, Beryllium	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
2.6 Blei	0,7	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,6	
2.7 Zink	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,8	0,8	0,7	0,6	0,7	0,8	
2.8 Zinn	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,3	
2.9 andere unedle Metalle	0,3	0,3	0,4	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	
2.10 Werkzeuge etc.	6,1	6,1	6,2	6,2	6,3	6,2	5,7	4,6	4,9	5,3	6,1	
2.11 verschiedene Waren aus unedlen Metallen	4,5	4,7	5,2	4,8	4,9	5,2	4,7	3,3	3,6	4,3	4,7	
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

Zink

Von den Gesamtimporten an Zink entfielen etwa drei Viertel auf Zinkerze, die direkt aus Bergbauländern stammten, und ein Viertel auf Zinkmetall, das zu 15 vH von Ländern mit eigener Rohstoffbasis geliefert wurde. An den restlichen Importen sowohl von Zinkerzen wie Zinkmetall waren hauptsächlich Belgien/Luxemburg und die Niederlande beteiligt.

Zinn

An den Gesamteinfuhren von Zinn waren Zinnerze, die ausschließlich aus Bergbauländern bezogen wur-

den, zu 12 vH und Rohzinn zu 88 vH beteiligt. Von den Bezügen an Rohzinn entfielen etwa vier Fünftel auf zinnerzproduzierende Länder, das restliche Fünftel lieferten die Niederlande, Belgien/Luxemburg und Großbritannien.

Exporte

Der Ausfuhrwert mineralischer Rohstoffe und Metalle von 40 Mrd. DM im Jahr 1977 machte etwa drei Fünftel der vergleichbaren Einfuhrwerte dieses Jahres aus (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 5
**Exporte der Bundesrepublik Deutschland von verschiedenen mineralischen Rohstoffen und Metallen
in den Jahren 1967 bis 1977**

	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
1. Mineralische Rohstoffe	100	112	109	125	136	131	153	262	228	244	243
davon 1.1 Rohöl, Mineralölprodukte u.a. Erzeugnisse	100	114	109	126	138	132	153	273	233	249	244
1.2 Metallurgische Erze, Schlacken Aschen	100	99	91	100	110	104	130	202	193	202	216
1.3 Erzeugnisse der Steine und Erdenindustrie	100	105	116	125	130	131	156	205	204	223	247
2. Unedle Metalle und Waren daraus	100	105	118	132	134	137	179	281	241	239	241
davon 2.1 Eisen und Stahl	100	105	118	134	137	141	187	309	274	250	242
2.2 Kupfer	100	102	96	101	89	85	126	189	107	130	133
2.3 Nickel	100	115	146	187	170	147	176	249	229	261	335
2.4 Aluminium	100	117	148	156	167	188	231	347	278	421	456
2.5 Magnesium, Beryllium	100	150	350	350	250	350	400	650	450	650	700
2.6 Blei	100	73	70	96	95	92	104	197	130	126	214
2.7 Zink	100	128	133	176	179	303	393	560	398	493	519
2.8 Zinn	100	79	86	71	82	86	114	207	186	236	479
2.9 andere unedle Metalle	100	106	155	257	196	151	187	283	306	328	315
2.10 Werkzeuge etc.	100	106	117	132	138	137	161	205	190	210	240
2.11 verschiedene Waren aus unedlen Metallen	100	111	134	139	149	159	184	207	189	229	248
Insgesamt	100	107	116	130	134	136	174	277	239	240	242

Für die Jahre 1967 bis 1977 errechnen sich durchschnittlich jährliche Zuwachsraten von 14,1 vH für die Importe und von 9,2 vH für die Exporte mineralischer Rohstoffe. Die entsprechenden Werte für die Gesamteinfuhr betragen 12,8 vH und für die Gesamtausfuhr 12 vH.

Strukturveränderungen der Rohstoffexporte

Die nominale Entwicklung der Rohstoffexporte bis 1977 (1967 = 100) kann der Tabelle 5 entnommen werden. Während der Berichtszeit entfielen von diesen Ausfuhrungen durchschnittlich ein Fünftel auf „Mineralische Rohstoffe“ und vier Fünftel auf „Unedle Me-

talle und Waren daraus“. Strukturveränderungen sind nur bei den Metallen eingetreten, wo jeweils ein Positionswechsel zwischen Kupfer und Aluminium einerseits und zwischen Blei und Zink andererseits stattgefunden hat. Stahl und Eisen waren mit über der Hälfte bis zu drei Fünfteln an den gesamten Rohstoffausfuhrungen beteiligt. Der Anteil der Kupferausfuhrungen ist zwischen 1967 und 1977 ständig zurückgegangen, 1977 betrug er nur noch 5 vH gegenüber 9 vH im Jahre 1967. Verringert hat sich auch die Bedeutung der Bleiausfuhrungen. Dagegen ist der Anteil der Ausfuhrungen von Zink und Aluminium gestiegen. Im Jahre 1977 erreichte der Anteil von Aluminium reichlich 6 vH.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. Seit 1976 sind erschienen:

- Heft 39 **Wettbewerbsrelationen im Außenhandel westlicher Industrieländer 1959 bis 1973.** Von K. Henkner. 199 S. 1976. DM 68,—.
- Heft 40 **Berufswunsch und Berufswahl.** Analyse einiger Determinanten und Interdependenzen. Von K.-P. Gaulke. 118 S. 1976. DM 44,60.
- Heft 41 **Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von B. Görzig und W. Kirner. 106 S. 1976. DM 36,60.
- Heft 42 **Sensitivitätsanalysen im statischen offenen Leontief-Modell.** Von J. Schintke. 180 S. 1976. DM 56,—.
- Heft 43/I **Zielsetzung, Methodik und zusammengefaßte Ergebnisse der Prognose für den Güter- und Personenverkehr bis zum Jahre 1990.** Von Günther John. 84 S. 1977. DM 36,60.
- Heft 43/II **Analyse und Prognose des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von Rainer Hopf, Günther John, Heilwig Riecke unter Mitarbeit von Joachim Niklas. 243 S. 1977. DM 118,—.
- Heft 43/III **Die Personenverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990 – Untersuchung der regionalen Struktur des Aufkommens und der Verflechtung im Personenverkehr nach Fahrtzwecken und Verkehrsarten und ihrer Beziehung zu raumordnungspolitischen Zielsetzungen.** Von Ulrich Voigt. 262 S. 1977. DM 124,—.
- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von H.-J. Frank. 155 S. 1976. DM 76,—.
- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von P. Lünsdorf. 281 S. 1976. DM 126,—.
- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrswegeplanung. Von Joachim Niklas. 190 S. 1977. DM 84,—.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Kokskohle in der Welt bis 1985.** Von M. Rumberger und E. Wöttig. 107 S. 1976. DM 64,—.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975 – Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells.** Von R. Stäglin unter Mitarbeit von R. Pischner, B. Weiser und H. Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.
- Heft 46 **Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung.** Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Von Jochen Schmidt. 113 S. 1977. DM 46,60.
- Heft 47 **Entwicklungshilfe und internationale Arbeitsteilung – Ableitung sektoraler Schwerpunkte mit Hilfe der linearen Programmierung am Beispiel der Republik Korea.** Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Helmut Stütz. 96 S. 1977. DM 39,80.
- Heft 48 **Dienstleistungen in der Gesamtwirtschaft.** Von Charlotte Otto-Arnold unter Mitarbeit von Ulrich Burschat. 172 S. 1978. DM 82,—.
- Heft 49 **Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974.** Von Gerhard Göseke und Klaus-Dietrich Bedau. 215 S. 1978. DM 89,60.
- Heft 50 **Die Osteinfuhrstruktur der Bundesrepublik Deutschland und anderer westlicher Länder – Eine vergleichende Darstellung.** Von Jochen Bethkenhagen, Hans Martin Duseberg, Maria Lodahl. 139 S. 1978. DM 64,—.
- Heft 51 **Produktions- und Beschäftigungseffekte im innerdeutschen Handel.** Von Horst Lambrecht und Hans Wessels. 54 Seiten, 1978.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Mittelfristige Finanzplanung der Gebietskörperschaften 1978 bis 1982: Kein Beitrag zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung
bearbeitet von Dieter Vesper. – *Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit mineralischen Rohstoffen und Metallen von 1967 bis 1977*
bearbeitet von Dieter Kamphausen.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.